



Gesundheitspolitik

Ältere Generation als Alibi?

»Alles Neue braucht das Alte« - mit diesem Motto habe ich unser Weihnachtsrundsreiben begonnen. Wie sehr sich diese Weisheit bewahrheitet, habe ich festgestellt, als ich den Inhalt unserer letzten Ausgabe in diesem Jahr von NUN REDEN WIR vorliegen hatte. Das Schwerpunktthema Gesundheitspolitik haben wir mit dem Sozialforscher Dr. Hagen Kühn vom Wissenschaftszentrum in Berlin aufgearbeitet. Und siehe da: Es sieht doch so aus, als würden die Älteren in unserer Gesellschaft als Alibi herhalten müssen, um unpopuläre politische Entscheidungen in der Gesundheitspolitik zu rechtfertigen. Die Sichtweise des Wissenschaftlers stellt den demografischen Wandel in eine völlig neue Perspektive. Vor allen Dingen schieben seine Ausführungen einen Riegel davor, immer nur den „Alten“ die Schuld in die Schuhe zu schieben, weil die Kosten im Gesundheitswesen permanent in die Höhe schnellen. Zumal mittlerweile auch die ältere Generation im Gesundheitswesen kräftig zur Kasse gebeten wird. „Demografischer Schwindel oder demografischen Wandel“ - mit diesem Thema werden wir uns intensiv beschäftigen. Das Interview mit Dr. Hagen Kühn finden Sie auf Seite 2. Großes Aufsehen erregte die gemeinsam von der WDR 4-Sendung „In unserem Alter“ und der LSV durchgeführte Untersuchung der Pflegeberatungsstellen. Die zahllosen Anrufe bei der LSV und unserer wissenschaftlichen Beraterin, Barbara Eifert, bewiesen, dass wir mit diesem Thema in ein Wespennest gestochen haben. Einen ausführlichen Bericht über die Untersuchung finden Sie

auf Seite 5. Über den aktuellen Stand der Dinge zu unserem Projekt „Altengerechte Stadt“ gibt es einen ausführlichen Bericht auf Seite 8. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse, haben aber jetzt schon festgestellt, dass in den Workshops viele neue Impulse und Ideen vermittelt wurden, die im Alltag der Seniorenvertretungsarbeit gut eingesetzt werden können. Die LSV hat auch in diesem Jahr wieder fünf Regionalversammlungen durchgeführt. Das positive Echo lässt erkennen, wie wichtig ein engmaschiger Erfahrungsaustausch unter den



*Dr. Uta Renn
Vorsitzende der Landes-
seniorenvertretung NRW*

Seniorenvertretungen ist. Schon heute lade ich Sie herzlich zu unserer nächsten Mitgliederversammlung ein. Sie findet statt am Mittwoch, 9. März 2005 in der Stadthalle Kamen. Eine Bitte: Melden Sie uns möglichst bis zum 31. Dezember 2004 ihre oder ihren Delegierte(n) und eventuell einen Gast. Das würde uns viel bürokratische Arbeit und Zeit ersparen. Ihnen und Ihren Angehörigen ein frohes Fest und einen guten Rutsch.

*Dr. Uta Renn
Vorsitzende der LSV*

Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen	2
LSV aktiv	
Aus dem Vorstand	3 – 5
Untersuchung	
zu Pflegeberatungsstellen in NRW	5
Berichte von Fachtagungen	6 – 7
Open-Space-Konferenz	
„Altengerechte Stadt“	8
Internet-Fachtagung	9
Aus den	
kommunalen Seniorenvertretungen	10 – 11
Mitglieder der LAGSO stellen sich vor	12
Impressum	12

Weihnachtsferien: Die Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung NRW in Münster ist vom 20. Dezember bis 31. Dezember 2004 geschlossen!

HINTERGRUND-WISSEN:

Demografischer Wandel oder demografischer Schwindel?

Die Diskussion um die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erhitze die Gemüter. Die Kosten steigen seit Jahren. Als Ursache wird der demografische Wandel ins Feld geführt. Unsere Gesellschaft überaltere und die ältere Generation brauche eben mehr an Medikamenten etc. wie jüngere Menschen und nähme deshalb den Löwenanteil der Ausgaben für sich in Anspruch. Die Gesetzliche Krankenversicherung müsse deshalb von Grund auf reformiert werden. *Auf diesem Standpunkt stehen Politiker aller Parteien.* Die Redaktion von NUN REDEN WIR sprach mit Privatdozent Dr. Hagen Kühn vom Wissenschaftszentrum in Berlin. Er ist der Meinung, dass sich bei genauem Hinsehen und Auswerten von weltweiten Studien der „demografische Wandel“ für eine grundlegende Reform der GKV als „demografischer Schwindel“ entpuppt.

? Stimmt es, dass die ältere Generation die meisten Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit für sich in Anspruch nimmt?

Antwort: Dass ältere Menschen mehr medizinische Leistungen in Anspruch nehmen ist natürlich richtig. Die Horror-szenarien jedoch, wonach das Gesundheitswesen in vierzig Jahren wegen des demografischen Wandels unbezahlbar würde sind wissenschaftlich unhaltbar. Zum einen sind die Vorhersagen der Bevölkerungsentwicklung über mehr als 20 Jahre unseriös, da Trendbrüche unvorhersehbar sind (das sagen übrigens die Statistiker des Statistischen Bundesamtes selbst). Die Ausgabenprognosen für die Ausgabenentwicklung der GKV widersprechen den Resultaten der internationalen Forschung: Erstens geht der größte Teil des Ausgabenanstiegs für die Älteren in den letzten Jahrzehnten auf Veränderungen in der medizinischen Versorgung der Älteren zurück und kaum auf die Altersstruktur. Zweitens zeigen amerikanische, schweizer und neuerdings auch deutsche Studien, dass ein großer Teil der lebenslangen Ausgaben im letzten Lebensjahr anfällt. Der hohe Ausgabenanteil bei den über 65jährigen

kommt daher, dass heute die meisten Menschen erst sterben, wenn sie diesen Altersgruppen angehören. Da aber jeder nur einmal stirbt, ganz gleich wie alt er wird, hat er auch nur ein letztes Lebensjahr. Drittens: Je älter die Menschen werden, desto mehr sinken die Versorgungsausgaben im letzten Lebensjahr. Viertens erweisen sich Befürchtungen, aufgrund der steigenden Lebenserwartung verlängerten sich die Lebensjahre mit chronischen Erkrankungen und somit der Behandlungsbedarf, als zu pessimistisch. Man kann heute annehmen, dass die Menschen nicht nur länger leben, sondern auch später chronisch krank werden, so dass die Anzahl der Lebensjahre mit chronischer Krankheit nicht steigt. Bessere Prävention kann das noch unterstützen.



Dr. Hagen Kühn

? Trotzdem wird der demografische Wandel als zwingender Grund für eine Reform des Gesundheitswesens herangezogen. Wie beurteilen Sie die Reformvorschläge der Parteien in Deutschland?

Antwort: Über der Parteitaktik verschwindet das zu lösende Grundproblem: Diejenigen sozialen Gruppen mit der höchsten Krankheitshäufigkeit sind zugleich die, mit geringstem Einkommen, Bildung und Status. Wollte man sie nach individuellem Risiko versichern, könnte ein Großteil die Beiträge nicht aufbringen. Arbeitslosigkeit und Billiglöhne verschärfen das Problem. Die Antwort in Deutschland auf dieses Dilemma ist der gesellschaftliche Solidarausgleich. Eine wirkliche Bürgerversicherung würde in diesen Ausgleich auch die Gruppen mit den hohen Einkommen und niedrigem Krankheitsrisiko einbeziehen. Dagegen stehen unter anderem die Interessen der Versicherungswirtschaft, Ärzte- und Krankenhausverbände. Ich glaube nicht, dass eine der Parteien den wirklichen Willen hat, hier den Konflikt zu wagen. Die von CDU/CSU vorgeschlagene Kopfprä-

mie würde letztlich bedeuten, dass die höheren Einkommen deutlich weniger bezahlen und damit von einem Solidar-ausgleich nicht mehr die Rede sein kann.

? Brauchen wir überhaupt eine grundlegende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung?

Antwort: Heute die Leistungen zu kürzen, weil möglicherweise in 40 bis 50 Jahren Probleme auftreten ist schlicht unsinnig. Die Zeit muss aber genutzt werden. Auf der Finanzierungsseite sollten die Leistungsfähigsten in den Solidar-ausgleich einbezogen werden, auch andere Einkommensarten.

? Ist es dann nicht richtiger, den demografischen Wandel heute durch politische Entscheidungen positiv zu beeinflussen?

Antwort: Ja, das wäre auch realistisch, wenn wir in so langen Zeiträumen denken. Was die Gesundheit angeht, brauchen wir deutliche Fortschritte auf dem Gebiet gesünderer Arbeits- und Lebensbedingungen. Schaffen wir die Voraussetzungen für steigende Geburtenraten wenigstens auf das Niveau einiger EU-Länder. Der Forschungsstand ist hier eindeutig: mehr soziale Sicherheit, gute Kinderbetreuung, familiengerechte Arbeitszeiten und finanzielle Entlastung. Sozialer Unsicherheit raubt den Menschen den Mut, Kinder zu bekommen. In Schweden hat sich gezeigt, dass bei jungen Frauen zwischen 20 und 30 Jahren die Geburtenrate deutlich zunimmt, wenn sie in einem festen Arbeitsverhältnis stehen. Skandinavien hat die höchste Frauenerwerbsquote und die meisten Geburten, umgekehrt in Italien.

? Müssen Politiker aller Parteien diese Fakten nicht bekannt sein?

Antwort: "Müssen" schon. Je schrecklicher aber ein Zukunftsszenario heraufbeschworen wird, desto leichter lassen sich Verschlechterungen der sozialen Sicherheit durchsetzen. Ohne konsequente Beschäftigungspolitik und durch Druck auf Arbeitslose wird keine Zukunftsperspektive für die jüngeren Generationen eröffnet, ebenso wenig wie die Agenda 2010 von SPD und Bündnis90/Grüne.

Das Gespräch führte Elke Seul

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND



Klausurtagung des Vorstands der LSV NRW: Vom 8. bis 10. November ging der Vorstand der Landesseniorenvertretung in seine alljährliche Klausur, um die Weichen für das Jahr 2005 zu stellen. Der Vorstand wurde dabei wie schon in den vergangenen Jahren von Barbara Eifert beraten und von Peter Fettweis aus dem Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie über aktuelle Entwicklungen informiert. In Saerbeck bei Münster, arbeiteten in guter und konstruktiver Atmosphäre (v. l. n. r. 1.) Eleonore Köth-Feige, Wilhelm Krümpelmann, Hildegard Jaekel, Dr. Uta Renn, Ministerialrat Peter Fettweis, Ruth Hunecke und Egon Backes miteinander. Foto: Barbara Eifert

Neues Projekt der Landesseniorenvertretung Landesstelle Pflegende Angehörige nimmt Arbeit auf

Im September hat die neue Landesstelle Pflegende Angehörige in Trägerschaft der Landesseniorenvertretung NRW e. V. ihre Arbeit aufgenommen.

Die Stelle wird gefördert vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Elke Zeller, Dipl. Sozialgerontologin und Dipl. Sozialarbeiterin mit langjähriger Erfahrung im Pflegebereich hat die Leitung der Stelle übernommen. Elke Zeller wird unterstützt von Antje Brandt, die Verwaltungsaufgaben übernimmt und als Gesprächspartnerin im Büro der Landesstelle Pflegende Angehörige in Abwesenheit von Elke Zeller zur Verfügung stehen wird.

Die Landesstelle ist zentrale Ansprechpartnerin für pflegende Angehörige auf NRW-Ebene. Ihre Ziele:

- das Hilfsangebot für pflegende Angehörige transparenter zu machen,
- und Lobbyarbeit für pflegende Angehörige zu leisten.

Deshalb möchte die Landesstelle Pflegende Angehörige mit pflegenden Angehörigen ins Gespräch kommen, um Antwort auf die Frage zu erhalten, wo die Defizite im Unterstützungsangebot liegen. Denn nur wenn mit pflegenden Angehörigen statt über sie gesprochen wird, wird es in Zukunft möglich sein, bedarfsgerechte Unterstützungsangebote, angepasst an die regionalen Besonderheiten, zu initiieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird Elke Zeller die Aufgaben der Landesstelle in unterschiedlichsten Gremien und Gruppen vorstellen, über die pflegende Angehörige erreicht werden

können. Bisher wurde die neue Ansprechstelle im Landespflegeausschuss, bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen und auf den fünf Regionalversammlungen der Landesseniorenvertretung präsentiert.

Die Landesstelle Pflegende Angehörige ist unter der für Anrufer **gebührenfreien Ruf-Nr. 0800/2204400** zu erreichen. Damit soll für die Angehörigen die Schwelle, zum Telefonhörer zu greifen und Fragen zu Entlastungsangeboten zu stellen oder Unterstützungsbedarf anzumelden, recht niedrig gehalten werden.

Die Landesstelle wird Wünsche und Bedürfnisse von pflegenden Angehörigen erfassen, bündeln und über die politisch unabhängigen und neutralen Seniorenvertretungen und über die Landesseniorenvertretung auf politischer Ebene artikulieren, um wirksame Verbesserungen für pflegende Angehörige zu erreichen. Deshalb wurde die Landesstelle Pflegende Angehörige an die Landesseniorenvertretung in Münster als neutralen Träger angebunden, um eine unabhängige Arbeit zu gewährleisten.

Die Landesstelle Pflegende Angehörige hat ihren Sitz im Gesundheitshaus in der Gasselstiege 13, 48159 Münster. Elke Zeller ist gern bereit, das Projekt auch allen interessierten Kommunen vorzustellen. Auch Einladungen in Gruppen pflegender Angehöriger werden gern angenommen.

Tel. 0251-2705167 oder per E-Mail: Zeller@pflegende-Angehoeerige.net.

Elke Zeller



Elke Zeller und Antje Brandt

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Regionalversammlungen in fünf Regierungsbezirken

Bereits im letzten Jahr beschloss der Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW seine Mitglieder nicht nur einmal jährlich in der Mitgliederversammlung zusammenzubringen, sondern zusätzlich regionale Versammlungen abzuhalten. Es trafen sich die Seniorenvertretungen der Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Detmold. Der Informationsaustausch über aktuelle Themen und die stärkere regionale Vernetzung der Seniorenvertretungen sind wichtige Ziele. 21 Seniorenvertretungen (SV) des Regierungsbezirkes Detmold trafen sich in **Minden**. Dort gab es, wie auch in Münster und

Arnsberg einen besonderen Schwerpunkt. Elke Zeller stellte die neu bei der Landesseniorenvertretung NRW eingerichtete „Landesstelle pflegende Angehörige“ vor.

Die Seniorenvertretungen des Regierungsbezirkes Arnsberg trafen sich in **Dortmund**. Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin der LSV, berichtete aus der Arbeit des Vorstandes. Die Leitung der Versammlung hatten Eleonore Köth-Feige und Hildegard Jaekel. Ausführlich wurde die Situation der einzelnen SV dargelegt und diskutiert. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution zur Presseveröffentlichung „Gewalt gegen Al-

te wird vertuscht“ und „Gewalt in Heimen ist hoch“. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, neben den bestehenden Kontrollen weitere strenge Kontrollmaßnahmen zu ergreifen im Bereich der Heim- und häuslichen Pflege.

In **Münster** stieß die Darstellung eines geplanten Projektes „Wohnen für Hilfe“, das in Köln und Freiburg bereits erfolgreich läuft, auf reges Interesse. Derzeit werde eine Realisierungsmöglichkeit in Münster geprüft. Die einzelnen SV berichteten über ihre Aktivitäten und aktuellen Probleme in der Region, was zu einem regen Erfahrungsaustausch führte. Die Leitung der Versammlung hatte dankenswerter Weise Hiltrud Wessling übernommen. *E.S.*

Gesundheitsseminar in Königswinter

Sechzehn Teilnehmer/innen haben sich beim Seminar „Gesundheitsreform und DRGs“ vom 11. bis 13. Oktober unter der Leitung der LSV-Vorsitzenden Dr. Uta Renn intensiv mit gesundheitspolitischen Themen auseinandergesetzt. Wie auch in Soest wurden wichtige Kenntnisse und Wissensgrundlagen für die ehrenamtliche Arbeit in den kommunalen Seniorenvertretungen erarbeitet.

Wolfram-A. Candidus hat als Referent der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten e.V. (DGVP) eingehend über die Auswirkungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes auf ältere Patienten informiert. Dr. Sabine Reuter, Oberärztin der Geriatrie im St. Marien-Hospital Köln zeigte auf, was Geriatrie ist. Ein großes Problem der Akut-Geriatrie sei im DRG-System (das heißt Fallpauschalensystem) teilweise gelöst. Aus der Sicht eines großen Krankenhauses in Köln-Porz berichtete Klaus Kaiser, Leiter des Sozialdienstes, über die Effekte der DRGs. Dazu zählen neben Kostentransparenz und Vergleichbarkeit der Leistungen auch Bettenabbau und damit weniger Krankenhäuser, eine Verkürzung der Liegezeit um rund fünf bis sechs Tage sowie dadurch bedingt

mehr ambulante Versorgung. Letzter Referent war Christoph Treiß, Geschäftsführer des Landesverbandes freie ambulante Krankenpflege (LfK). Durch ihn wurden den Teilnehmern vor allem die Bundesrichtlinien der Ärzte und Krankenkassen über die Verordnung von „häuslicher Krankenpflege“ wie auch die Ansprüche von Pflegebedürftigen an das SGB XI (Pflegeversicherungsgesetz) aufgezeigt. Der Vorstand der LSV hat inzwischen den Beschluss gefasst, das Königswinter-Seminar im nächsten Jahr als Pendant zum Soester Jahresseminar zu erweitern, damit die im vorparlamentarischen Raum tätigen Seniorenvertretungen zukünftig sowohl in Westfalen als auch im Rheinland gleiche Angebote für ihre ehrenamtliche Arbeit wahrnehmen können.

Dr. Uta Renn



Die Teilnehmer des Seminares

Seminar in Soest

Das Jahresseminar in Soest findet im kommenden Jahr in der Zeit vom 14. bis 18. März statt. Es bietet neben einem regen Erfahrungsaustausch eine Reihe von Referaten zu aktuellen seniorenpolitischen Themen: Elke Zeller berichtet über das neue Projekt der LSV, die „Landesstelle für Pflegenden Angehörige“. Über das Projekt „Pflegebegleiter“ berichtet Elisabeth Dr. Bubholz-Lutz. Das Thema „Qualität in der Pflege“ (Referentin Frauke Schönberg) wird ebenso aufgearbeitet wie „Methoden zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen (Annette Goebel). Die „Möglichkeiten der medizinischen Versorgung im Alter beleuchtet Frau Dr. Reuter. Über Demenz und alternative Wohnformen referiert die Vorsitzende der LSV, Dr. Uta Renn. Aus der Kuratoriumsarbeit „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen“ berichtet die stellvertretende Vorsitzende der LSV, Ruth Hunecke. Die Leitung des Seminars haben Eleonore Köth-Feige und Hildegard Jaekel. *E.S.*

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

PFLEGEBERATUNGSSTELLEN

Eine Untersuchung der WDR-4-Redaktion „In unserem Alter“ und der Landesseniorenvertretung NRW

Selten habe eine Sendung so viel Wirbel ausgelöst so die Redakteurin der bekannten WDR-4-Radio-Sendung „In unserem Alter“ Dr. Ulla Foemer. Am 13. November wurden die Ergebnisse der Untersuchung von Pflegeberatungsstellen in NRW vorgestellt und dies wirkte in der Tat wie ein Stich ins Wespennest. Seitdem erhält auch die Landesseniorenvertretung zahlreiche Anfragen zu der Untersuchung. Von einer gesamten Veröffentlichung der Ergebnisse sieht die LSV NRW ab.

„Die Pflegeberatung nach dem Landespflegegesetz, liegt uns sehr am Herzen“ so Dr. Uta Renn, die Vorsitzende der LSV NRW „weil wir wissen, wie wichtig und wertvoll eine gute Beratung ist. Daher haben wir uns bei den Gesetzesänderungen zum Landespflegegesetz gerade auch für die Pflegeberatung eingesetzt. Als dann die Möglichkeit mit dem WDR bestand eine Untersuchung durchzuführen, haben wir uns gefreut und das Angebot zur Zusammenarbeit gern aufgenommen. Barbara Eifert, unsere wissenschaftliche Beraterin, hat bei der Konzeption der Untersuchung mitgearbeitet. Sie war ja schon seinerzeit an der Wirkungsanalyse zum Landespflegegesetz maßgeblich beteiligt und einer ihrer Schwerpunkte war dabei die Pflegeberatung. Kurzum, da passte einiges sehr gut zusammen“.

Ziel der Untersuchung war es, den Stand der Qualität dieser Pflegeberatungsstellen im Jahr 2004 in NRW aufzuzeigen, um damit - gegebenenfalls - auf Mängel in der Pflegeberatung hinzuweisen. Dabei ging es vor allem um Mängel, die durch die Struktur der Pflegeberatung bedingt sein können. Über mögliche Mängel können die Mitglieder der Landesseniorenvertretung bei der Geschäftsstelle der LSV nachfragen, um so an der Verbesserung der Pflegeberatung nach § 4 Landespflegegesetz vor Ort mitzuwirken, beziehungsweise

dort nachzufragen, warum keine Beteiligung an der Untersuchung stattfand? Für die Landesseniorenvertretung und ihre Mitglieder, die kommunalen Seniorenvertretungen, steht die Qualität der Beratung für die ratsuchenden Menschen im Mittelpunkt ihres Interesses. Die Pflegeberatung insgesamt (das heißt die der Pflegekassen, der Kommunen, anderer Träger und die der ehrenamtlichen Pflegeberatung) stellt ein überaus wichtiges Mittel für pflegebedürftige Menschen und/oder ihre Angehörigen dar, um sich über die Angebote in der Pflege umfassend und neutral zu informieren. Eine gute Beratung kann maßgeblich dazu beitragen, dass sich die Situation der betroffenen Menschen verbessert und/oder stabilisiert. Ideal wären in den Städten, Kreisen, kreisangehörigen Städten und Gemeinden abgestimmte und insgesamt koordinierte Pflegeberatungsangebote. Die ebenfalls gesetzlich vorgeschriebenen Pflegekonferenzen bieten hierzu das geeignete Forum.

In NRW existiert mit der Pflegeberatung nach § 4 Landespflegegesetz ein Angebot, das die bundesgesetzlich verankerte Pflegeberatung der Pflegekassen ergänzt. Damit besteht die Chance für Kommunen, pflegebedürftige Menschen und/oder ihre Angehörigen mit Hilfe von Beratung nachhaltig zu unterstützen und damit langfristig auch Kosten in der Kommune zu senken.

Die Untersuchung bestand aus drei Teilen:

1. Schriftliche Befragung: Die WDR-4-Redaktion „In unserem Alter“ verschickte einen Fragenkatalog, der mit der Landesseniorenvertretung NRW abgestimmt war, an alle 54 Kreise und kreisfreien Städte (als Träger der kommunalen Pflegeberatung nach § 4 Landespflegegesetz) in NRW. Es wurden drei Qualitätsmerkmale abgefragt. Für jedes erfüllte Merkmal gab es einen Punkt. Bei der schriftlichen Befragung konnten drei Punkte erreicht werden.

2. Telefonische Befragung: Es erfolgte ein verdeckter Telefontest. Dabei erklärten WDR-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sie hätten einen an Demenz erkrankten Vater und fragten nach Rat und Hilfsangeboten. Beim Telefontest wurden 13 Qualitätsmerkmale abgefragt. Für jedes erfüllte Merkmal gab es einen Punkt, bei der telefonischen Befragung konnten maximal 13 Punkte erreicht werden.

Insgesamt also waren bei Teil 1 und 2 der Untersuchung 16 Punkte zu erzielen.

3. Besuch von Pflegeberatungsstellen: WDR-Prüferinnen und Prüfer besuchten einen Teil der Pflegeberatungsstellen. Beim Vor-Ort-Besuch wurden im wesentlichen drei Dinge überprüft: Ist die Beratungsstelle einfach und barrierefrei zu erreichen (Parkplätze, Rampen, Aufzug, etc.)? Ist der Beratungsraum und dessen Umgebung freundlich und ansprechend gestaltet? War Informationsmaterial ausreichend vorhanden?

Die Ergebnisse des Vor-Ort-Besuches flossen **nicht** in die Punkte-Wertung ein, da nicht alle Pflegeberatungsstellen die Chance hatten, besucht zu werden.

Insgesamt konnten 35 von 54 Kommunen (Kreise und kreisfreie Städte) bewertet werden. Das heißt, diese 35 Kommunen hatten an der schriftlichen und telefonischen Befragung teilgenommen. Von den 35 erzielten 28 Pflegeberatungsstellen zehn und mehr Punkte; sieben Pflegeberatungsstellen erzielten zehn Punkte und darunter.

„Wir gehen nun davon aus, dass die Seniorenvertretungen aktiv werden, insbesondere dort, wo die Pflegeberatungsstellen keine hohe Punktzahl erzielen konnten“, so Dr. Uta Renn. Pflegeberatung wird in verschiedenen Formen ausgeübt, zu denen natürlich auch die ehrenamtliche gehört. In der nächsten Ausgabe werden wir dazu am Beispiel Rheinberg berichten. *B. Eifert*

DAS EINZELZIMMER

Standard in der stationären Altenhilfe – Fachtagung Kuratorium Deutsche Altershilfe

In der Fachveranstaltung wurde die Frage untersucht: Ist der Flächenverbrauch tatsächlich so immens, dass bei steigendem Kostendruck nicht mehr nach Einsparpotentialen gesucht wird, da sie sich bereits durch Reduzierung des Einzimmeranteils ergeben?

Grundsätzlich habe jeder Heimbewohner das Recht auf ein Doppelzimmer, wenn er es möchte. Die Unterbringung in einem Doppelzimmer bedeute nach heutiger Sicht einen sozialen Abstieg. Ausnahmen gälten nur bei großer Not oder wenn zwei Menschen darauf bestehen, zu zweit ein Zimmer zu bewohnen.

Das Oberlandesgericht Celle habe in einem stark beachteten Urteil festgestellt, dass in Haftanstalten auch bei hohen Belegungszahlen, Doppelbelegungen zu vermeiden seien. Auch für Tiere, so zum Beispiel in den Zoologischen Gärten, gälten genaue Vorschriften für Größen und Freiflächen oder Einzelunterbringung. Dieser Freiraum werde von den Tieren stark verteidigt. Alte Zoos würden entsprechend umgebaut.

Für die in den sechziger Jahren gebauten Altenpflegeheime seien überwiegend Mehr- bzw. Zweibettzimmer und selten Einbettzimmer gebaut worden. Sie seien in der Regel zu teuer, um sie zu renovieren. Große Anstrengungen bei Neubauten seien nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern gemacht worden. Hier seien Mehrbettzimmer in einem Heim durchaus die Norm gewesen.

Das heute geltende europäische Maß gebe eine Wohnfläche von 35 Quadratmetern an. Die Heimmindestbauverordnung sage, „Wohnplätze für eine Person sollten mindestens einen Wohn-Schlafrum mit einer Wohnfläche von 16 Quadratmetern umfassen. Wohnt noch ein weiterer Heimbewohner im Zimmer, erhöht sich die Wohnfläche um zehn Quadratmeter.“ Es sei erforderlich und bei rationeller Planung auch machbar, bei Neubauten 80 Prozent der Plätze in Einzelzimmern anzubieten. Bei Modernisierung eines alten Heimes sei der Medikamentenverbrauch deutlich zurückge-

gangen. Fakt ist:

Ein Alleinsein, im Sinne von unbeobachtet, sei nicht mehr möglich. Bei der Benutzung der einzigen vorhandenen Sanitäreinheit entstünden Probleme. Das erzwungene Miteinander führe zu Dauerstress, Aggression oder Depression. Auch der altersverwirrte und veränderte Mensch möchte einen letzten Rest von Kontrolle und Selbstständigkeit behalten. Weitere Nachteile seien Scham, Unbehagen, nächtliche Ruhestörungen, Verwechslung des Eigentums und Inkontinenz.

Auch wird das Pflegepersonal, das täglich dreimal wechselt, ein Doppelzimmer nicht als ‚privat‘ ansehen. Man hat bei der Pflege weniger Hemmungen, es geht schneller. Schwierig ist das Doppelzimmer bei einer Sterbebegleitung.

Ein Anschauungsmodell von Doppel- bzw. Einbettzimmer verdeutlichte die Problematik. Fazit: lieber ein kleines, wohnlich abgeschlossenes Zimmer als ein großes Zweibettzimmer mit Krankenbetteindruck. *E. Köth-Feige*

MEINE MEINUNG ZU...

Bewegt und gesund altern !

Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Immer mehr Menschen erreichen ein immer höheres Lebensalter. Die demografische Entwicklung wird zum einen durch eine zunehmende Langlebigkeit und ebenso durch eine rückläufige Geburtenzahl gekennzeichnet.

Nun wäre es absurd, die zunehmende Langlebigkeit als Problem oder gar als Katastrophe hinzustellen. Vielmehr hat sich die Gesellschaft darauf einzustellen und hat zugleich alles zu tun, damit die zusätzlichen Lebensjahre zu „**gewonnenen Jahren**“ werden, das heißt Altwerden bei körperlichem Wohlbefinden, bei Erhalt der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit.

Dabei kommt es nicht nur darauf an, wie **alt** wir werden, sondern auch, **wie**

wir alt werden. Gesundes Altwerden ist eine Aufgabe, die alle angeht und die schon in Kindheit und Jugend beginnt und im mittleren und höheren Lebensalter von ganz großer Bedeutung ist. Ein gesundes Altwerden setzt körperliche, geistige und soziale Aktivität voraus.

Die Bedeutung der Aktivität für ein bei körperlichem und geistigem Wohlbefinden ist in der Wissenschaft schon lange erkannt. Spätestens seit Anfang der siebziger Jahre betonen zum Beispiel Mediziner, Psychologen, Sportwissenschaftler und andere Bereiche: Körperliche, geistige und soziale Aktivität ist den Erkenntnissen der neueren gerontologischen Forschung zufolge die Voraussetzung für eine Lebensqualität in der dritten oder vierten Lebensphase. So heißt es auch in den neuen

Leitlinien 2010 zur Seniorenpolitik NRW zum Thema Bewegung und Sport unter anderem: „Sport dient der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation, trägt zur Vermeidung von Isolation und Vereinsamung bei und steigert das Selbstwertgefühl Älterer. Bei älteren Menschen ist jedoch die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten bisher noch deutlich unterdurchschnittlich.“

In einer Studie des Bundesgesundheitsministeriums heißt es: „Unabhängig vom Lebensalter wird durch regelmäßige physische Aktivität eine Verbesserung der Gesundheit erreicht.“ Und weiter: „Körperliche Aktivität bestimmt die Funktionsfähigkeit im täglichen Leben mit“.

Wilhelm Krümpelmann

ÄLTERE PATIENTEN ALS KUNDEN UND PARTNER

Die Teilhabe des älteren Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verlange von ihnen Eigeninitiative gebotene Möglichkeiten wahrzunehmen, sagte Vorstandsmitglied der BAGSO, Dr. Franz-Josef Oldiges auf einer Fachtagung. Wenn diese Teilhabe, so Dr. Franz-Josef Oldiges, einen so hohen Stellenwert hat, müsste es in einer demokratisch organisierten Gesellschaft selbstverständlich sein, dass ältere Menschen sie in den relevanten Entscheidungsgremien auch mitgestalten könnten. Dieses sei in unserer heute wesentlich ökonomisch und beruflich geprägten Gesellschaft nicht so ohne weiteres möglich. Im Gesundheitswesen mit dem System der gesetzlichen Krankenkassen für nahezu 90 Prozent unserer Bevölkerung seien erste gesetzliche Schritte unternommen worden. Ältere Menschen seien im besonderen Maße auf eine bedarfsgerechte und alters- und altengerechte Versorgung angewiesen. Patienten könnten heute

ZWAR - Glückwunsch zum Jubiläum

Seit 25 Jahren stellt sich die ZWAR-Zentralstelle NRW den aktuellen demografischen, landespolitischen und gerontologischen Herausforderungen. In ihren Beratungs- und Qualifizierungsangeboten für Kommunen, Verbände und Träger der sozialen Arbeit mit Älteren vermittelt ZWAR Know-How, projektbezogen und zielorientiert.

Damals waren ältere Männer und Frauen, Arbeitslose und Frührentner zusammengekommen, die sich gegen das Gefühl des „Abgeschoben-seins“ wehrten.

Zur Jubiläumsveranstaltung waren 400 Gäste gekommen. Die Glückwünsche der Landesseniorenvertretung NRW überbrachte Vorstandsmitglied Eleonore Köth-Feige.

dabei mitwirken. So habe sich ein grundsätzlicher Wandel im Verständnis über die Rolle zwischen Patienten und Arzt vollzogen. Das habe schrittweise zu gesetzlich verankerten Mitwirkungsrechten von Patienten bei der Konkretisierung gesetzlicher Rahmenvorgaben und zur Ernennung einer Patientenbeauftragten geführt. Grundlage sei das GKV-Modernisierungsgesetz vom 1. Januar '04. Allerdings sei hier trotz erreichter Erfolge noch vieles zu regeln, für chronisch Kranke, bei der Fahrtkostenregelung, Sicherung der Wirtschaftlichkeit und Qualität durch Bewertung von Diagnose-, Therapie- und Heilmethoden. In einer Umfrage erkundete die BAGSO bundesweit die Serviceleistungen in Apotheken. Die Ergebnisse waren:

- **Beratungsbedarf:** Senioren wünschen sich noch mehr Beratung. Apotheken wünschen sich Senioren, die mehr nachfragen.
- **Arzneimittel-Packungsbeilagen** sind verbesserungsbedürftig. Sowohl Senioren als auch Apo-

Gewalt in der Pflege wird oft vertuscht

Trotz der vom Gesetzgeber, Anbietern und Fachwissenschaftlern betonten Notwendigkeit einer ständigen Qualitätsverbesserung in der Pflege, läuft das Thema „Gewalt in der Pflege“ häufig Gefahr, unter den Tisch gekehrt zu werden. (siehe auch Resolution RV Arnsberg, Seite 4)

Gefordert werden strengere Kontrollmaßnahmen als bisher und eine breitere öffentliche Diskussion über dieses Thema. Das betrifft sowohl die Pflege kranker Angehöriger zu Hause als auch in Heimen.

Die LSV NRW hat sich gemeinsam mit dem Sozialverband Deutschland (SoVD) dafür eingesetzt, dieses Thema im Landespflegeausschuss aufzugreifen. Dazu soll der Kriminologe Prof. Dr. Walter eingeladen werden.

Fachtagung der BAGSO

theker finden Packungsbeilagen zu wenig verständlich.

- Senioren bevorzugen **Apotheker mit großer emotionaler Kompetenz**, das heißt, Senioren schätzen insgesamt eine Beratungsleistung.
- **Apotheker erwarten von der Politik** bessere Unterstützung bei der Vermittlung der Gesundheitsreform.
- Senioren wünschen sich **mehr Informationen über Apotheken-Aktionen** und über neue Arzneimittel.

Die Umfrage habe aber auch aufgezeigt, dass bei 400 befragten Apotheken 68 nicht die Voraussetzungen erfüllten. Barrierefreier Zugang, Botendienste sowie eine fortlaufende Mitarbeiterqualifikation und eine diskrete Beratungsmöglichkeit fehlten.

Eleonore Köth-Feige

LSV nimmt Einfluss auf Rahmenbedingungen

„Alter gestaltet Zukunft – Seniorenpolitik Nordrhein-Westfalen – Rahmenbedingungen und Leitlinien 2010“ (= RuL) lautet der Titel der Fortschreibung des Landesaltenplans. Die RuL sind offiziell verabschiedet und gültig. Damit hat die Landesregierung einen „Kompass“ für die nächsten Jahre im Politikfeld Seniorinnen und Senioren gegeben, der nun in der Praxis angewandt werden muss. „Vieles wird ja schon umgesetzt, was nun in den RuL festgeschrieben ist, aber es gibt natürlich noch einiges zu tun“ so die Vorsitzende der LSV, Dr. Uta Renn. Ein guter Erfolg für die LSV ist, dass sie in den dialogorientierten Diskussionsprozess der neuen Leitlinien eingebunden war und den überwiegenden Teil ihrer konkreten Änderungsvorschläge einbringen konnte. Die RuL werden vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie an alle Seniorenvertretungen versandt und sind im Internet abrufbar. *B.E.*

PROJEKT DER LANDESSENIORENVERTRETUNG

Open-Space-Konferenz „Altengerechte Stadt“

Als unheimlich spannend, besonders die neuen Formen der Zusammenarbeit, kommentierten die Senioren aus NRW, die sich auf das Experiment der Open-Space-Konferenz „Altengerechte Stadt – Was macht sie aus? Wie macht man sie?“ eingelassen haben.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres forschen ein Team von fünf Wissenschaftlern vom Büro für angewandte Soziologie zum Thema „Altengerechte Stadt“. Das Projekt der LSV, das vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert wird, verfolgt das Ziel unter anderem „ein Leitbild zu entwickeln, in dem Ältere für sich und andere Gruppen aktiv werden und ihre Potenziale einbringen können“, so Prof. Dr. Herbert Grymer von der Universität Wuppertal, der das Projekt leitet.

Die Landesseniorenvertretung (LSV) NRW e.V. als Träger des Projekts ist daran interessiert, **„konkrete Hinweise dafür zu gewinnen, wie die Forderung nach stärkerer Teilhabe im Alter in konkrete Maßnahmen vor Ort umgesetzt werden kann“**, hob die wissenschaftliche Beraterin der LSV, Barbara Eifert hervor.

Im Rahmen des Projekts hat das Wissenschaftlerteam bereits drei schriftliche Befragungen bei Seniorenvertretungen, Wohnungsunternehmen und Stadtverwaltungen in NRW durchgeführt. (Siehe Bericht Ausgabe 49 „NUN REDEN WIR“ September 2004). Weitere Erkenntnisse haben die Wissenschaftler bei Experteninterviews mit Fachleuten und drei Themenwerkstätten gewonnen.

Open Space heißt „offener Raum“. Bei dieser Methode befinden sich die Teilnehmer in einem „offenen Themen-Raum“, in dem sie selbst die Inhalte und den Ablauf der Veranstal-



Engagiert verfolgten die Teilnehmer des Workshops neue Möglichkeiten eines informellen Erfahrungsaustausches, die Prof. Dr. Hermann Grymer erläuterte.

tung unter einer vorgegebenen Überschrift bestimmen. Die 60-Jährigen und Älteren waren gefordert: Statt längeren, manchmal auch ermüdenden, Vorträgen zu lauschen, übernahmen sie selbst die Verantwortung für Inhalte und Ablauf des Geschehens.

Die 91 Teilnehmer aus Seniorenvertretungen und Senioreninitiativen, den Seniorenstudiengängen der Universitäten Wuppertal und Dortmund hatten nach einigen Diskussionen 27 Vorschläge an die „Zeit und Raum-Tafel“ gepinnt. In drei Zeitphasen haben die Senioren bis zum späten Nachmittag in Workshops unterschiedliche Themen bearbeitet.

- Generationsübergreifendes Wohnen,
- Was ist bei der Rahmenplanung der Stadtentwicklung zu berücksichtigen?,
- Ältere Migranten,
- Selbsthilfe und Selbstorganisation,
- Intergenerative Sport- und Freizeitangebote in der Stadt,
- Teilhabe am öffentlichen Leben,
- Senioren als Wirtschaftsfaktor in der Stadt
- Stadteilbezogene Treffpunkte

Auf der Konferenz verwandelten sich die Senioren in „Hummeln“ und „Schmetterlinge“. Nach diesem Gesetz gilt für alle Teilnehmenden: Wer in einem Workshop nichts mehr

beizutragen hat, nichts Neues mehr erfährt oder sich neugierig einem neuen Thema zuwenden will, verlässt die Arbeitsgruppe und unterhält sich auf den Gängen mit anderen (Schmetterlingen) oder arbeitet in einer anderen Arbeitsgruppe (Hummeln) mit. Das Ganze bleibt aber nicht im Unverbindlichen: Auf vorbereiteten Protokollbögen haben die Senioren ihre Ergebnisse zusammengefasst.

Der informelle Erfahrungsaustausch, das Wechseln zwischen den Arbeitsgruppen, eigene Vorstellungen und Visionen für die Arbeit vor Ort von anderen bestätigt zu bekommen, wurden besonders positiv gewürdigt. Auch die Notwendigkeit, selbst die Initiative in den Workshops zu ergreifen, haben die engagierten Senioren als „richtungweisend“ bewertet, da sie auch in den Kommunen selbst aktiv werden müssen. Einigkeit herrschte darüber, dass eine **altengerechte Stadt eine Stadt ist, in der alle Generationen über mehr Lebensqualität verfügen.**

Zum Schluss hielt jeder Teilnehmer die erarbeiteten Ergebnisse in einer siebzehneitigen Dokumentation in den Händen, die zwischenzeitlich vom Team des Büros für angewandte Soziologie zusammengestellt worden war.

*Dietmar Köster/
Jan Christoph Zimmermann*

INTERNET-ANWENDUNGEN IN DER SENIORENARBEIT

Fachtagung Senioren-OnLine (SOL)

Die neuen Medien und deren Anwendungsmöglichkeiten entwickeln sich nach wie vor in einer erstaunlichen Geschwindigkeit. Die Veränderungen, die sich damit im Alltag der Seniorenorganisationen und -vertretungen ergeben, sind häufig so schnell, dass die Mitglieder und Mitarbeiter kaum darauf reagieren können.

Der Projektverbund Senioren OnLine – ein Projekt des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW im Verbund mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA), der Deutschen Gesellschaft für Gerontotechnik (GGT) und dem Diakonischen Werk Rheinland (DW) – hatte deshalb für die diesjährige Fachtagung in Bonn ein neues Konzept erarbeitet, das auf die Anforderungen und Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen in der Seniorenarbeit zugeschnitten ist. So gab es neben einer einführenden Plenumsphase drei verschiedene, parallel stattfindende Fachforen mit Gruppenarbeit am Nachmittag.

Neue Medien übernehmen in den seniorenpolitischen Leitlinien 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen eine wichtige Querschnittsaufgabe.

Dies unterstrich Peter Fettweis, Leiter des Referats „Seniorenpolitik“ im NRW-Familienministerium in seinem Einführungsreferat. Neben der Qualifizierung hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehe es in der zukünftigen NRW-Seniorenpolitik darum, Beratungsmöglichkeiten mit Hilfe neuer Medien zu verbessern. Spezifische Zielgruppen wie ältere Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit besonderem Bedarf sollen an das Internet herangeführt und neue Angebotsformen entwickelt werden.

Die Leitlinien 2010 sind mit dem Titel „Alter gestaltet Zukunft“ inzwischen als Broschüre erschienen und beim

MGSFF erhältlich wie auch im Internet abrufbar.

Die KDA-Referentin Annette Scholl betonte in ihren Begrüßungsworten, dass das „Forum Seniorenarbeit NRW“ ein neuer SOL-Arbeitsschwerpunkt des Kuratoriums Deutsche Altershilfe sei und dort gezeigt werde, wie neue Medien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit zeitgemäße Wege zur beruflichen Qualifizierung eröffnen.

Forum 1: Internetanwendungen für soziale Organisationen

Das Forum zielte auf den Erfahrungsaustausch über aktuelle Entwicklungen, die Vernetzung der Akteure sowie die Vermittlung von Anregungen für die Praxis ab. Es richtete sich damit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen und Verbänden der Seniorenarbeit, die eine leitende Funktion haben, für IT-Fragen oder Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich sind.

Forum 2: Vernetzung und neue Angebotsformen in der Senioren-Internetarbeit in NRW

Dieses Forum rückte die Vernetzung der Akteure und deren enge Zusammenarbeit im Arbeitsfeld der Senioren-Internetarbeit – Motto „Wir gehen gemeinsam, nicht allein“ – in den Mittelpunkt der Gruppenarbeit.

Forum 3: Technische Anwendungen und Projektbeispiele

In diesem Forum, das von der Deutschen Gesellschaft für Gerontotechnik betreut wurde, befasste man sich mit technischen Anwendungen und Projektbeispielen für Senioren-Internet-Cafés, zum Beispiel Erstellung einer eigenen Internetpräsenz und den notwendigen Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Außerdem wurde ein neues Kursangebot: „Senioren schreiben ihre Geschichte“ erläutert.

Jeder Mensch hat eine Geschichte.

Diese einfach klingende Tatsache hat SOL dazu veranlasst, auf www.senioren-online.net ein neues Biografie-Angebot zu initiieren. Diese Plattform gibt den Teilnehmern von Internetkursen die Möglichkeit, eigene Geschichten, Erfahrungen und Erlebnisse zu veröffentlichen

Schlussbemerkung

Internet-Auftritte der sozialen Senioren-Organisationen sind inzwischen eigentlich selbstverständlich geworden. Eine gut gestaltete Website gilt inzwischen als Aushängeschild einer Institution und auch einer Seniorenvertretung. Das Problem, eine informative und erfolgreiche Website zu konzipieren und dann auch umzusetzen, bleibt bestehen. Für die Planung einer ersten Internet-Site oder für die Kommunikation mit einer professionellen Agentur sei an dieser Stelle abschließend neben anderer Fachliteratur die Ratgeber-Broschüre „Virtuelle Netze nutzen lernen – Der Weg zu einem erfolgreichen Internet-Auftritt“ des Verlages STIFTUNG MITARBEIT, Bonn – www.mitarbeit.de – empfohlen.

Wilhelm Krümpelmann

*Frohe Weihnachten
ein gesundes, Neues Jahr!*

*Das wünschen wir Ihnen
und Ihren Familien.*

*Bewahren Sie sich Ihren Mut
und Ihren Schwung.*

*Die Vielzahl der Aufgaben
wird nicht geringer.*

*Wir freuen uns auf Ihr
Engagement im Neuen Jahr.*

Ihre LSV

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

MINDEN

„Das Leben genießen“

Der Seniorenbeirat der Stadt Minden besteht nun seit zehn Jahren. 1994 wurde er aufgrund der Initiative von Politikern und ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern gegründet.

Der Beirat ist laut Satzung der Stadt Minden in sechs wichtigen Ausschüssen des Stadtrates, unter anderem im Ausschuss für Bürgerdienste, Sicherheit und Feuerchutz; im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr und im Sozialausschuss. Je-

Der Seniorenbeirat hat seit seiner Gründung viele Initiativen gestartet und durchgeführt, unter anderem auch eine Seniorenmesse und Kinonachmittage, das Eintreten für eine Geriatrieeinrichtung im neuen Klinikum und der Kampf um das Weiterbestehen der öffentlichen Toiletten. Er tagt einmal im Monat, zusätzlich tagen zwei Arbeitsgruppen. Seit vier Jahren wird der Seniorentag jeweils am Buß- und Betttag durchgeführt. 2001 und 2002 im Rathausaal und seit 2003 in der Stadthalle Minden. So füllten rund 600 Seniorinnen und Senioren am vergangenen Buß- und Betttag die Stadthalle.



Beim Seniorentag in Minden: Die stellvertretende Landesvorsitzende der LSV, Ruth Hunecke (Bildmitte).

doch jeweils ohne Stimmrecht, aber mit Rede- und Antragsrecht, wie jeder Stadtverordnete. Auch im Kreispflegeausschuss ist der Seniorenbeirat vertreten.

Neun stimmberechtigte und acht stellvertretende Mitglieder bilden den Seniorenbeirat. Hinzu kommen je eine Vertretung der im Rat der Stadt Minden vertretenen Fraktionen sowie eine Vertretung der Wohlfahrtsverbände, der Stadtverwaltung und des Seniorenbüros/Infozentrum Pflege. Im stimmberechtigten Teil ist ein Vertreter der Heimbeiräte. Die Stadt Minden hat eine Geschäftsstelle des Seniorenbeirates und diese ist dem Bürgermeister direkt unterstellt. Daraus lässt sich die Wichtigkeit des Büros erkennen und ablesen. Der neu gewählte Bürgermeister führt diese Struktur zur Zufriedenheit und Genugtuung des Seniorenbeirates weiter.

Die Altenklubkapelle Kühlenkamp und der Shantychor der evangelischen Kirche umrahmten musikalisch die Veranstaltung. Darüber hinaus erfreute die Kinderanzuggruppe Jachmann aus Bärenkämpfen die Senioren. Viel Applaus erhielten auch die Sketche in ostpreußischer Mundart, vorgetragen von den Senioren der Mindener „Spätlese“, durch Erika Ennemoser und Werner Kruschel.

Der Vorsitzende Dieter Pohl erklärte zu Beginn der Veranstaltung, „Wir sollten das Leben noch genießen, deshalb sollten wir zuversichtlich nach vorn schauen - gerade auch im Alter. Dass die Älteren immer mehr werden sollten die Politik und auch die Werbung endlich zur Kenntnis nehmen.“ Weiter sagte Dieter Pohl „Wer heute 60 Jahre alt ist, gilt als Senior, ist aber noch lange nicht alt. Viele Menschen in dem Alter sind noch sehr

beweglich, geistig rege und lassen sich nirgendwo ausgrenzen; und das geht weiter bis in die achtziger Jahre“. Der Vorsitzende äußerte die Bitte, „nehmt uns überall ernst, egal wo es ist!“

Als Gäste waren neben den örtlichen Senioren auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der näheren Umgebung anwesend. Auch der Bürgermeister der Stadt Minden, Michael Buhre sowie die stellvertretende Vorsitzende der LSV NRW, Ruth Hunecke, waren in der Stadthalle. Beide würdigten die Leistung des Seniorenbeirates. Inge Howe, Landtagsabgeordnete der SPD, sprach Grußworte und entschuldigte die Sozialministerin Birgit Fischer, die nicht teilnehmen konnte. Geehrt wurde Hans-Joachim Lemcke, der 79-Jährige hatte entscheidend zur Bildung des Seniorenbeirates viele Initiativen entwickelt und ist immer noch unermüdlich im Bereich der Altenfürsorge tätig. Dieter Pohl überreichte in Anerkennung seiner Leistung und Tätigkeit einen Teller der Stadt Minden.

Die Planungen für den nächsten Tag der Senioren und Seniorinnen in 2005 sind schon angelaufen!
Dieter Pohl

SOLINGEN

Seniorenbeiratswahlen müssen nicht teuer sein

In Solingen wurden die Wahlen zum Seniorenbeirat am 24. März 2004 durchgeführt.

Wahlberechtigt waren aktuell rund 49.000 Seniorinnen und Senioren.

Die Wahl wurde durch Delegierte vorgenommen. In Solingen gibt es aktuell 273 Seniorengruppen, die ca. 23.000 Seniorinnen und Senioren repräsentieren. Weiterhin wurden die örtlichen Medien (Presse, lokaler Rundfunk usw.) um Unterstützung gebeten, um die Wahlen bekannt zu machen.

Welche Kosten sind bei der Durchführung der Wahl tatsächlich entstanden?

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

- Benachrichtigung der Seniorengruppen 150,15 €
- Versand der Wahlunterlagen (49-fach) 75,95 €
- Einladungen zur konstituierenden Sitzung (60 Einladungen) 33,00 €
- Materialkosten (Papier, Umschläge usw. geschätzt) 400,00 €
- Sonstige Kosten -geschätzt- 400,00 €

Gesamtkosten der Wahlen in Solingen 1.059,10 €

Die Informationen über die Beiratswahl haben ca. 30.000 Seniorinnen und Senioren in Solingen erreicht. An der Wahl waren über die Gruppen rund 25.000 Personen beteiligt.

Gewählt wurden 15 Seniorenbeiratsmitglieder. Delegiert wurden sechs Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände. Delegiert wurden fünf Vertreter/innen der im Rat der Stadt vertretenden Fraktionen. Delegiert wurde eine Vertreterin der Seniorenzeitschrift WIR.

Der Solinger Seniorenbeirat besteht somit aus 27 stimmberechtigten Seniorenbeiratsmitgliedern.

Durch das Wahlverfahren (es wird keine Urwahl durchgeführt) sind im Solinger Seniorenbeirat neben den Delegierten auch 15 Personen vertreten, die verschiedenen Seniorengruppen angehören.

Diese „Streuung“ führt nach wie vor zu einer Belebung der Diskussion, da Seniorinnen und Senioren, die noch praktische Seniorenarbeit leisten, im Seniorenbeirat vertreten sind.

Das Ziel – auch des neugewählten Seniorenbeirates – ist in der Wahl durch Urwahl zu sehen. Die Urwahl soll dann durchgeführt werden, wenn die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen durch die Landesregierung entsprechend geändert worden ist.

Allerdings werden dann auch die

Wahlen in Solingen etwas kostenintensiver, da dann jede/r Senior/in eine entsprechende Wahlbenachrichtigung erhalten wird.

Kosten sparend könnten diese Unterlagen aber mit der Wahlbenachrichtigung zur Kommunalwahl versandt werden.

Gegenwärtig bleiben jedoch die niedrigen Kosten für die Seniorenbeiratswahlen in Solingen – wie oben aufgeführt – erhalten.

WALTROP

Positive Seiten des Alterns

In der Waltroper Stadthalle fand die zweite Seniorenmesse statt. Zu den Themen „Aktives Leben, Wohnen, Freizeit, Gesundheit und Kommunikation“ präsentierten 32 Aussteller ihre Angebote. Die Veranstalter, die Arbeitsgemeinschaft Senioren der Stadt Waltrop und das Seniorenbüro, wollten mit der Messe eine positive und optimistische Haltung zum Alter signalisieren.



Die Waltroper Seniorenmesse erwies sich mit ihren Angeboten als Publikumsmagnet

Alter ist nicht grau in grau, sondern bewegt und bunt. Die Zielgruppe der aktiven Älteren ab 50 sollte sich genauso angesprochen fühlen wie die deutlich Älteren.

Neben der Universität Dortmund, der BAGSO, nahm zum ersten Mal auch das Kinder- und Jugendparlament

der Stadt Waltrop mit einem Informationsstand teil. Als Publikumsmagnet erwies sich hier für die Besucher ein Alterssimulationsanzug, den zahlreiche Jugendliche ausprobierten. Viele ältere Besucher schnupperten im „Seniorencafe Online“ zum ersten Male im Internet und zeigten sich sehr interessiert.

Auch dieses Jahr kam die Messe gut an, schon morgens war die Stadthalle rappellvoll, so dass die Veranstalter sehr zufrieden waren und die nächste Messe für das Jahr 2006 anvisieren.

GÜTERSLOH

Wilhelm Krümpelmann erhielt 790 Stimmen

Acht Wochen nach der Kommunalwahl NRW wurde in Gütersloh ein neuer Seniorenbeirat gewählt. 6.931 Seniorinnen und Senioren gaben in einer Urwahl ihre Stimme ab. Das entsprach einer Wahlbeteiligung von knapp 31 Prozent. Stimmberechtigt waren insgesamt 22.470 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gütersloh im Alter über 60 Jahre. Zur Wahl stellten sich 20 Kandidatinnen und Kandidaten.

Nach der Auszählung waren sieben Mitglieder des neuen Gütersloher Seniorenbeirats mit folgenden Ergebnissen direkt gewählt: Wilhelm Krümpelmann (790 Stimmen), Karl Heinz Brungs (623), Sigrid Costabel (595), Ulrich Flötotto (533), Regina Böss (402), Erika Sundermann (398) und Konrad Bastian (362).

Neben diesen direkt gewählten Mitgliedern besteht der Seniorenbeirat in Gütersloh aus weiteren vier Ratsmitgliedern und je einem Delegierten der fünf Wohlfahrtsverbände und des Rates für Integration. Die konstituierende Sitzung des neuen Seniorenbeirats findet Mitte Januar 2005 im Rathaus statt.

Wilhelm Krümpelmann

MITGLIEDER DER LAGSO STELLEN SICH VOR

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Altenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen „Von der APO zum OPA“

Die LAG Altenpolitik ist ein frühes Kind der GRÜNEN in NRW. Nachdem bereits in den 80er Jahren bei den Grünen auch auf Bundesebene Altenpolitik zu einem wichtigen Thema geworden war, bei dem es vor allem darum ging, Alternativen zu den bestehenden Versorgungsstrukturen aufzuzeigen, wurde in NRW schließlich 1990 die LAG Altenpolitik gegründet. Das mag überraschen – waren die Gründerväter und –mütter der GRÜNEN doch meist noch im jüngeren Alter. Aber die grüne Partei wuchs damals aus Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen zusammen. Zu den sozialen Bewegungen gehörten auch die Grauen Panther, die radikal gegen Missstände in Altenheimen und Entmündigung der Alten aufmuckten. Mit den Grauen Panther hatte die erste grüne Bundestagsfraktion einen – manchmal sehr schwierigen – Sprachrohrvertrag. Auch als dieser Vertrag zerbrach, blieben die örtlichen Kontakte zwischen GRÜNEN und Grauen Panther oft lebendig. Und auch der LAG Altenpolitik blieben manche Grauen Panther treu.

Die erste große Aufgabe bestand für die LAG Altenpolitik 1990 in der Organisation und Durchführung eines landesweiten altpolitischen Kongresses, der in Münster durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Fachtagung wurden schließlich in der Publikation „Brennpunkt Alter“ noch im gleichen Jahr veröffentlicht. In dieser Dokumentation sind bereits eine Reihe von alternativen Wohn- und Pflegeformen aufgezeigt worden.

Das Interesse an Altenpolitik kam also

zum einen von dem grauen Bundesgenossen, zum anderen von Beschäftigten in der Altenpflege, die ebenfalls über die dort herrschenden Zustände frustriert waren. In der LAG Altenpolitik wurde von Beginn an intensiv über alternative Projekte fürs Alter diskutiert. Im Alter selbstbestimmt und in Würde leben – das war der Grundgedanke.

Ausbau der Ambulanten Pflege, Wohngemeinschaften als Alternative zu Heimen, Projekte für das Zusammenleben von Jung und Alt, Sicherung der Qualität in der Pflege, gute Standards bei der Ausbildung in den Pflegeberufen, das alles sind Themen, mit denen sich die LAG Altenpolitik auf ihren fünf bis sechs Sitzungen im Jahr beschäftigt. Intensiv wurde auch immer das Landespflegegesetz diskutiert – die Anforderungen an Heime, die Aufgaben der Pflegekonferenzen, der Ausbau von unabhängiger Pflegeberatung vor Ort, die Notwendigkeit einer besseren Betreuung von Demenzkranken und deren Angehörigen. Unsere Treffen finden oft in Einrichtungen statt, die modellhaften Charakter haben, sei es in Bielefeld bei dem Verein „Zusammenleben von Jung und Alt“ oder im Wohnprojekt „Zusammenleben mit Freu(n)den in Hagen“. Im Gesundheitshaus in Unna schilderte uns der Sozialdezernent das Projekt „Die gesunde Stadt“, das der Kreistag beschlossen hatte. In Münster berichtete ein Vertreter der Alexianer über die Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz.

Die Themenpalette zeigt: Neue Wohnformen im Alter sind eines unserer Schwer-

punktthemen. Wohngruppen, Wohngemeinschaften, gute Nachbarschaften bieten unserer Auffassung nach die besten Voraussetzungen, im Alter selbstbestimmt, aber zugleich auch geborgen zu leben. Denn beide Bedürfnisse sind wichtig und gehören zu einem humanen Leben.

Die GRÜNEN sind älter geworden. Davon zeugt nicht zuletzt die Tatsache, dass sich Ende August im Anschluss an den Kongress „Alt und Jung: Zukunft gemeinsam gestalten“ in Berlin eine Seniorenorganisation von Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegründet hat. Von der APO zum OPA sozusagen. Auf dem Kongress setzte sich Irmgard Schewe-Gerigk, parlamentarische Geschäftsführerin und seniorenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, entschieden für eine Wende in der Altenpolitik ein. Die vielfachen Diskriminierungen alter Menschen – im Beruf, in der Werbung, bei Kreditvergaben, in den Medien usw. – müsse unterbunden werden. Die Politik müsse sich auf eine alternde Gesellschaft einstellen. Über der Suche nach neuen Lebensmodellen im Alter sollten wir nicht vergessen, dass ein altes Thema, das viele für überwunden halten, wieder auf die Tagesordnung strebt: Altersarmut. Die Rentenreformen der letzten 20 Jahre, durchbrochene Erwerbsbiografien, unsichere Arbeitsplätze und -einkommen – all das kann wieder Zustände herbeiführen, die nach solidarischem Ausgleich verlangen.

Ruth Sauerwein, eine der drei SprecherInnen der LAG Altenpolitik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in NRW

Impressum:

NUN REDEN WIR ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50, Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: www.senioren-online.net/lsv-nrw

E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

V.i.S.d.P.: Dr. Uta Renn

Redaktion: Elke Seul (fdS)

Wiss. Beratung u. Mitarbeit: Barbara Eifert

Korrektur: Eleonore Köth-Feige

Satz und Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37, 48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2005.

Thema „Pflege“. Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen.

Redaktionsschluss 15. Februar 2005